



Entwicklungshilfe im Aufwind?

Drei Gesetzesprojekte sind in der Diskussion

Gleich drei Gesetzesprojekte hat Staatssekretär Robert Goebbels noch vor der Sommerpause auf den berühmten Instanzenweg geschickt, und wenn der Staatsrat keine unvorgesehene Schwierigkeiten bereitet, dürften die Abgeordneten noch im Oktober-November darüber diskutieren. Nachdem jahrelang wenig Neues in Sachen Luxemburger Entwicklungshilfe zu verzeichnen war, präsentiert die Regierung nun drei Vorlagen gleichzeitig, die schon deshalb eine begrüßenswerte Neuerung darstellen, weil erstmalig die Regierung ein zusammenhängendes Konzept erarbeitet zu haben scheint. Es betrifft zwar vorerst nur die Formen und Mittel der Entwicklungspolitik, aber vielleicht läßt sich anschließend auch ein inhaltliches Konzept aufbauen.

Der «Fonds d'aide au développement»

Mit dem 1. Gesetz soll ein "Fonds d'aide au développement" (FAD) geschaffen werden, der private Spenden zugunsten von Entwicklungsprojekten sammeln soll, den Spendern dann die Steuerbefreiung gewährt und die Gelder an einen 2. Fonds (FCD, siehe unten) weiterleitet, von wo aus sie gezielt zum Einsatz kommen sollen.

Dieses Projekt entspricht einer langjährigen Forderung der privaten Entwicklungshilfeorganisationen ("organisations non-gouvernementales" - ONG), die die gleiche steuerrechtliche Vorzugsstellung ihrer Spender verlangen wie jene des Kulturfonds z.B. sie schon genießen. Die ONG hatten allerdings gehofft, daß die Spenden, die jede einzelne von ihnen erhält, vom besteuerbaren Einkommen abgezogen werden könnten, d.h. daß jede ONG zur Entwicklung öffentlichen Nutzens erklärt würde. Nach der Vorstellung der Regierung wird Steuerbefreiung aber nur zugestanden, wenn der Spender sein Geld zuerst dem FAD überweist, der es dann alle 3 Monate an den FCD weiterleitet, aber es seinerseits einer ONG übergibt sofern der Spender eine solche als Endempfänger angegeben hat. Man versteht, daß die ONG über diese umständliche Lösung

nicht erfreut sind und weiterhin auf die generelle Steuerbefreiung für Spenden hoffen, die auch an ihre direkte Adresse kommen. In der Bundesrepublik ist das absolut üblich: anerkannte "eingetragene Vereine" dürfen dem Geber einen "Spendenbescheid" fürs Steueramt ausstellen, und müssen ihrerseits natürlich die Verwendung der Spenden vor dem Finanzamt verantworten können. Auch in der Luxemburger Regierung sollen einige Minister dieser Lösung nicht ganz abgeneigt sein. Die ONG hoffen also noch auf ein Regierungsamendment an der Gesetzesvorlage. Die Steuerverwaltung allerdings ist strikt gegen eine solche Lösung: sie fürchtet wohl eine ganze Lawine gleichlautender Anträge auf Steuervergünstigung von Seiten der Sport-, Kultur-u.ä. Vereine. "forum" würde sich sicher anschliesen!

Eine andere Kritik an diesem ersten Projekt betrifft die Weiterleitung der Gelder: Was geschieht mit jenen Spenden, deren Autor keine bestimmte ONG als Empfänger bezeichnet hat? Im "Exposé des motifs" heißt es an einer Stelle: "Comme les fonds ainsi récoltés seront avant tout engagés pour soutenir des actions mises sur pied par des organisations non-gouvernementales, il n'y a pas lieu de craindre une concurrence de la part de l'Etat pour ces organisations." Was heißt denn "avant tout"? Keine Bestimmung in der Vorlage schließt aus, daß auch Spenden zur Finanzierung staatlicher Entwicklungshilfeprojekte benutzt werden dürfen. Die ONG aber stellen sich auf den Standpunkt: private Spenden für private Projekte, Staatsgelder für staatliche Entwicklungshilfe.

Der Staatssekretär versucht die ONG dadurch zu ködern, daß der FAD von einem dreiköpfigen "comité-directeur" verwaltet wird, in den auch sie einen Vertreter entsenden dürfen. Nicht zu Unrecht heißt es nämlich im "Exposé des motifs": "L'avantage pour l'Etat finalement ressort des facilités et contacts souvent informels et efficaces des ONG, de leur adaptation plus rapide aux modifications de circonstances et de besoins que les machineries administratives (...)" Die ONG-Mitarbeiter könnten in der Tat auf Grund ihrer sicher größeren Praxiserfahrung die Regierung bei der Bewertung und Auswahl eigener Entwicklungshilfeprojekte besser beraten als nur Regierungsbeamten. Doch das genannte "comité-directeur" hat als einzige Funktion die Gelder des FAD an den FCD weiterzuleiten: inhaltlicher Einfluß auf den politischen Kurs kann also doch nicht ausgeübt werden.

Die Präsenz eines ONG-Vertreters würde diesem indessen erlauben, die Finanzen aller ONG zu kontrollieren, was nicht gerade einem kooperativen Arbeitsklima förderlich wäre.

Wenn es im Text weiter heißt: "... En contrepartie l'Etat pourra offrir à ces organisations le support administratif et logistique qui souvent dévore beaucoup de temps et décourage le bénévolat", so kann man nur verwundert den Kopf schütteln: 31 ONG im Bereich Dritte-Welt-Arbeit sind zur Zeit offiziell registriert, keine braucht staatliche



Le Monde, 27-28/5/1984

Mit ihren freiwilligen oder schlecht auptamtlichen Mitarbeitern leisten sie r Staat auf diesem Gebiet. Eine logisti- ist übrigens auch in keinem der drei jekte vorgesehen. Und wenn es ein paar er hieß, die meisten luxemburgischen und seien von ausländischen Zentralen abhängig, der Spender könne selten angeben, für welches konkrete Projekt er sein Geld zur Verfügung stelle, und der Staat sei besser ausgerüstet, um dem Spender Rechenschaft zu geben von der Verwendung seines Geldes, so sind das glatte Unterstellungen, welche die ONG vorsichtig gemacht haben. Bei aller Begeisterung für das Prinzip der Steuerbefreiung sehen sie das Gesetz als eher überflüssig an.

Der «Fonds de Coopération au Développement»

Die Notwendigkeit des 1. Gesetzesprojektes betreffend ein FAD ist umso zweifelhafter als die 2. Vorlage einen "Fonds de Coopération au Développement" (FCD) schafft, dem, wie eben gesehen, der FAD sowieso seine Gelder integral zukommen läßt. Außerdem wird der FCD noch von Krediten des Staatshaushalts gespeist und eventuell von Gemeinden. Gebraucht werden diese Gelder um Entwicklungshilfeprojekte jeder Art zu finanzieren.

Komischerweise wird hier nicht mehr erwähnt, daß ein Teil (wenn nicht alle!) der Gelder des FAD schon zweckgebunden sind. Der Passus: "Ce but peut être atteint ... par le biais d'entités publiques ou privées nationales ..." dürfte aber die im vorigen Projekt angelegte Weitervermittlung steuerbefreiter Spenden an die ONG ermöglichen.

Die Schaffung dieses Fonds ist sonder Zweifel von großem Vorteil, um die staatliche Entwicklungshilfepolitik längerfristig zu planen als bisher und somit auch größere Beträge ins Spiel zu bringen. Wenn im Staatsbudget nämlich ein Kredit nicht termingerecht aufgebraucht ist, verfällt er. Insbesondere bei der bilateralen Hilfe sind aber Kredite eventuell erst später als vorgesehen fällig, oder aus bestimmten Gründen heißt es ein Projekt zurückstellen, ein anderes aussuchen, usw. In solchen Fällen gingen der Entwicklungspolitik die sowieso spärlichen Kredite auch noch verloren. Die

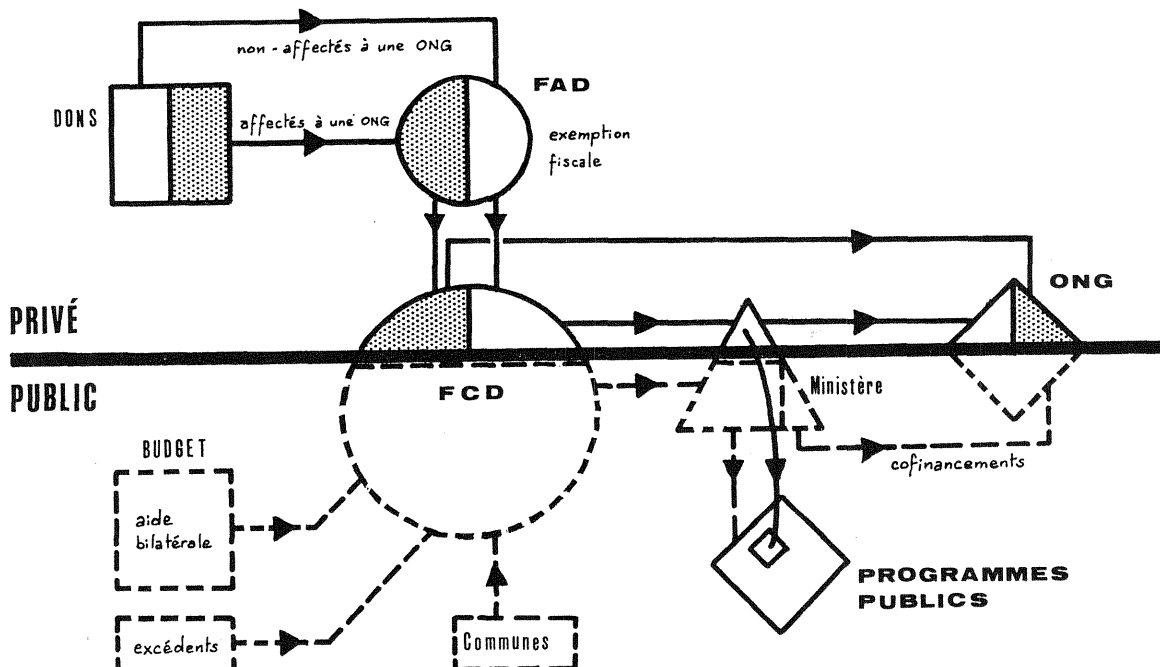
Schaffung eines Fonds legt solche administrative Beschränkungen auf. Außerdem kann die Regierung im Falle von Budgetüberschüssen auch dem Fonds zusätzliche Gelder zukommen lassen.

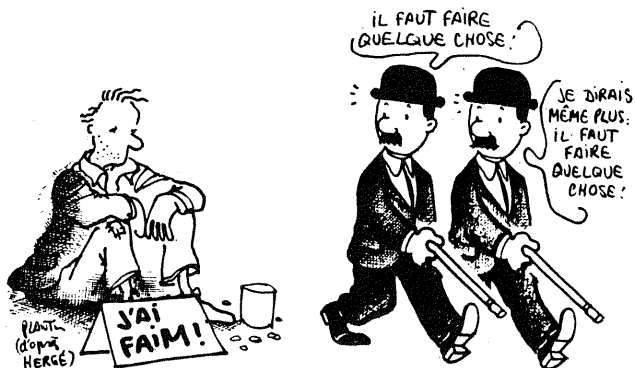
Wenn im "Exposé des motifs" allerdings gesagt wird: "Le Fonds est également destiné à concentrer les fonds d'origine publique ou privée", dann scheint erneut die unsaubere Absicht durch, mittels dieser Vermischung schneller das Plansoll von 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zu erreichen. Beim FAD-Projekt ist ja ähnliches zu spüren, und im Protokoll einer Arbeits-sitzung zwischen Außenministerium und ONG wird dies ausdrücklich als Ziel festgehalten. Der Verzicht auf das FAD-Projekt bei gleichzeitiger Steuerbefreiung für alle Spenden an ONG wäre sicher eine ehrlichere Lösung, und wenn letzteres nicht geht, sollte der FCD die Rolle einer fiskalen "Spendenwaschmaschine" selbst übernehmen. Die Notwendigkeit eines doppelten Fonds wird in keinem der beiden Projekte überzeugend begründet. In einem Brief an die AFC-Solidarité Tiers Monde nennt Staatssekretär R. Goebbels diesbezüglich drei Argumente: a) die Trennung von privater und öffentlicher Hilfe, b) ein "droit de regard" der ONG beim FAD, c) die steuerlichen Vergünstigungen. Warum letztere nicht mittels FCD möglich wären, sagt er nicht. Daß die Mitarbeit der ONG im FAD nur Alibifunktion hat, haben wir gezeigt. Und die Trennung von privater und staatlicher Hilfe wird in beiden Gesetzeskommentaren geleugnet.

Warum also zwei Fonds?

Da es an überzeugenden Antworten von Seiten der Gesetzesautoren fehlt, kann man eigentlich nur folgende Vermutung äußern: Um die Steuerbefreiung zu ermöglichen, müßte der FCD (wie das für den FAD vorgesehen ist) die Zivilpersönlichkeit bekommen, also ein eigenes "Comité-directeur" erhalten. Dadurch wäre zwar auch eine Beteiligung der ONG an dessen Verwaltung theoretisch möglich und somit eine Mitsprache an politischen Entscheidungen, die im FCD, im Gegensatz zum FAD, sehr wohl anstehen. Das will der Staatssekretär im Außenministerium aber verhindern: im FCD will er allein das Sagen haben, also muß ein 2. unpolitischer Fonds, der FAD, die Rolle der fiskalen Spendenwaschmaschine übernehmen.

Laut Gesetzesvorlage über den FCD sollen erfreuli-





Le Monde, 10/10/1984

cherweise auch solche Projekte unterstützt werden, die die "éducation au développement" zum Zweck haben. Im Artikelkommentar wird diese allerdings komischerweise als "formation de la population bénéficiaire" in der Dritten Welt definiert, während die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung und die Formation von Entwicklungshelfern in Luxemburg keine Erwähnung finden. Alle Fachleute - und dazu gehört z.B. auch die Brüsseler EG-Kommission - sind sich aber einig, daß der Aufklärung der öffentlichen Meinung bei uns eine vorrangige Bedeutung zukommt. 1983 wurden daher z.B. von 25,9 Mio. ECU, die die EG für ONG-Projekte zur Verfügung stellte, 2,17 Mio. in solche Programme investiert. Die europäischen ONG verlangen, daß dieser Anteil auf 10 % steigen soll. Eine genaue Zahl muß im luxemburgischen Gesetz nicht festgeschrieben werden, das Prinzip sollte aber klar sein. Leider steht in diesem Punkt die AFC-STM etwas allein mit ihrer Forderung, da die andern, vorwiegend katholischen ONG in Luxemburg nicht allzuviel Wert legen auf Öffentlichkeitsarbeit im Sinne politisch-wirtschaftlicher Aufklärung (vgl. die Spendenkampagne zugunsten Äthiopiens ohne Hintergrundinformation über die Ursachen der Dürrekatastrophe: in "forum" Nr. 77/Jan. 85, S. 3ff.)

Kofinanzierung für Entwicklungsprojekte

Diese letzte Frage wird besonders auch wichtig für das 3. Gesetzesprojekt, das der Staatssekretär im Parlament eingebracht hat. Dieses Projekt schafft die Möglichkeit für den FCD, Entwicklungshilfeprojekte einer ONG bis zur Hälfte mitzufinanzieren, in besonderen (nicht spezifizierten) Fällen gar bis zu zwei Drittel. D. h. daß eine ONG, um ein Projekt von z.B. 2. Mio Lfr. durchzuführen, nur 1 Mio aus Eigenmitteln aufbringen muß; dann legt der Staat die 2. Mio hinzu. Diese Verfahrensweise wurde bei der EG kopiert, wo sie sich zur Zufriedenheit aller bewährt hat. Hiermit bietet sich eine reale Chance, daß der Staat das 1970 vor der UNO gegebene Versprechen, bis 1980 0,7 % des BSP aus staatlichen Mitteln für die Dritte Welt zur Verfügung zu stellen, endlich einhält. Von derzeit schäbigen 0,2 % ist der Weg dorthin allerdings noch weit.

Es sollte allerdings auch bei diesem Gesetz klar gestellt werden, daß ebenfalls Projekte der "éducation au développement", wie die EG-Kommission sie versteht (Sensibilisierung der öffentlichen Meinung bei uns) vom Staat mitfinanziert werden können.

*

Bei aller Kritik im Detail - aber die ist leider oft entscheidend - soll nicht vergessen werden,

daß mit diesen drei Gesetzesprojekten ein Staatssekretär neuen Wind in die luxemburgische Entwicklungspolitik bringt. Um Nägel mit Köpfen zu machen, sollte er sich auch nicht scheuen, die Vorlagen nachmals zu überarbeiten, auch wenn ein paar Wochen Verzögerung entstehen. Der mehrmals betonte Wille zur Zusammenarbeit mit den ONG läßt auch baldige inhaltliche Akzente erwarten. Das Projekt über den FCD sieht übrigens vor, daß der zuständige Minister jährlich dem Parlament Bericht erstatten muß über die Aktivitäten des Fonds. Dies wäre sicher die Gelegenheit, jährlich in der Abgeordnetenkammer eine Debatte über Akzente und Optionen in der luxemburgischen Entwicklungspolitik zu führen. Auch das wäre ein Beitrag zur Bewußtseinsbildung in Luxemburg.

michel pauly



CHILES KINDER

Wir unterstützen Sr Karoline Mayer und ihre Freunde in ihrem täglichen Kampf gegen Hunger und Elend in den Armenvierteln von Santiago/Chile.

Dank internationaler Solidarität konnten in den vergangenen zehn Jahren folgende Projekte verwirklicht werden:

- Tagesheime (für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche)
- Gesundheitszentren
- Schulen (für Kinder und Erwachsene)
- Werkstätten (für Frauen und Männer).

Verschiedene Stoffwaren, die in diesen Werkstätten hergestellt werden, sind in der Boutique Tiers Monde in Luxemburg erhältlich.

Helfen Sie uns helfen!

Wir danken im Namen unserer chilenischen Freunde.

Spendeneinnahme: (17.6.85-17.9.85)

- Zum Gedenken an Simone K. (Crauthem): 125 150 F
- 12 verschiedene Beiträge: 30 150 F

155.300 F

Gesamtbilanz: (Feb.80 - 17.Sep. 85): 1 920 365 F

=====

Die Aktion läuft weiter

CCP 36440-65

Michel Schaack

Crauthem